

Ostbevern, 19. Februar 2014

Haushaltsrede
Haushaltsplanentwurf Jahr 2014
Gemeinde Ostbevern

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

1. Allgemeine Haushaltslage

Auch im Jahr 2014 muss die allgemeine Rücklage herangezogen werden, um das voraussichtliche Defizit von nun fast 4 Mio. Euro ausgleichen zu können. Zum vierten Mal seit 2011 greifen wir damit unser Eigenkapital mit einer enormen Summe an. 2011 waren wir bei einem Eigenkapital von 43,6 Mio. Euro, Ende 2014 werden wir voraussichtlich bereits bei circa 36,8 Mio. Euro angelangt sein. Die Prognosen für Ende 2017 liegen dann voraussichtlich bei circa 32,5 Mio. Euro. In diesen vergangenen Jahren haben sich damit die Aufwendungen im Vergleich zu den Erträgen soweit auseinanderentwickelt, dass wir zur Deckung und als Folge diese drastische Reduzierung des Eigenkapitals hinnehmen müssen. Woran liegt das?

Liegt es an unserem fehlenden Sparwillen? Gehen wir zu sorglos mit den Finanzen um? Wenn ich die Wünsche und Anträge sehe, die wir in den letzten Tagen zu bearbeiten hatten, dann meine ich, der Wille zum Maßhalten und Sparen ist noch nicht oder nicht mehr bei allen angekommen. Ich habe fast den

Eindruck, die Einen sind für Forderungen, Erfüllen von Wünschen und weiteres Schuldenmachen zuständig und die anderen fürs Maßhalten und für sparsamen Umgang mit Steuergeldern.

Die FDP Fraktion hat sich in diesem Jahr mit Sonderforderungen sehr zurückgehalten. Wir haben zusammen mit dem Bund der Steuerzahler im vorletzten Jahr alle Positionen des Haushalts sehr intensiv durchgeforstet. Die Verwaltung hat in ihrem Entwurf all die Vorschläge auch in diesem Jahr so weit wie möglich berücksichtigt. Sie hat sich auch Sparsamkeit auferlegt. Im vergangenen Jahr war der Sparwillen auch noch bei allen Fraktionen zu erkennen. In diesem Jahr – so unser Eindruck - eben nicht mehr. Zum anderen aber – ich muss dies ehrlich gestehen – bin ich es Leid um 1000 oder 4000 Euro wie auf einem Basar bei unseren Haushaltsberatungen zu feilschen, wenn uns bei den großen Aufwendungsbeträgen wie z. B. Inklusion, Unterkunft für Asylbewerber oder Soziallasten über die Kreisumlage die entsprechende Unterstützung fehlt. Die Gemeindefinanzen in NRW laufen insgesamt dramatisch aus dem Ruder. Trotz aller Rekordsteuereinnahmen türmen sich im ganzen Land die Schuldenberge weiter. Allein die kommunalen Kernhaushalte stehen mit rund 50 Milliarden Euro in den Miesen. Mehr als die Hälfte davon sind Kassenkredite, denen keine Sachwerte gegenüberstehen. An welchen Stellschrauben kann ich denn als Kommunalpolitiker noch drehen?

Wir vor Ort können dies unmöglich kompensieren. Land und Bund sind hier in der Pflicht, der kommunalen Gemeinschaft zu helfen. Es stimmt die strukturelle Ausrichtung der Gemeindefinanzen nicht mehr. Deshalb nehmen wir zustimmend zur Kenntnis, dass rechtliche Schritte auch gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 eingeleitet werden.

Die Überbetonung der Soziallasten, die gleichmäßige Einordnung fiktiver Hebesätze und die besonderen Lasten unseres ländlichen Raumes wie z. B. öffentlicher Nahverkehr, Schülerbeförderung, Abwasserversorgung, Feuerwehr fordern geradezu heraus, sich dagegen zu wehren.

Daneben kritisieren wir auch die kommunale Zwangsabgabe für den Stärkungspakt. Bei diesem müssen vermeintlich wohlhabende Kommunen eine Zwangsabgabe entrichten. „Kranke Kommunen werden nicht dadurch gesund, in dem man gesunde Kommunen krank macht“. Damit wird jeder Anreiz zerstört, sich vor Ort für eine solide Haushaltspolitik einzusetzen. Aus dem Kreis Warendorf könnten uns Everswinkel, Oelde und Sendenhorst ausführlich darüber berichten, da sie zu dieser Zwangsabgabe wohl verpflichtet werden.

Allein klagen hilft hier nicht. Großen Spielraum lässt uns damit der Haushalt nicht mehr. Das Gestalten vor Ort wird immer schwieriger. Wir wollen trotzdem aus dieser Situation das Beste machen und investieren da, wo wir es erforderlich halten, aber mit Augenmaß. Für uns gilt es vordringlich, unsere Pflichtaufgaben zu erfüllen und durch gezielte Investitionen Ostbevern zukunftsfähig zu halten. Wir müssen im Vergleich zu den Nachbargemeinden konkurrenzfähig bleiben. Der Wirtschaft – und Schulstandort Ostbevern hat für uns Priorität.

2. Haushaltsentwurf 2014

Deshalb stimmen wir den größeren Vorhaben im Haushaltsentwurf 2014 in der Gesamtheit zu:

- So die Umbaumaßnahmen an der Ambrosius Grundschule mit circa 370.000 Euro, die u. a. auch aus brandschutzrechtlichen Gründen nötig sind,
- Kauf von Grundstücken für Gewerbe und Wohnungsbau mit circa 500.000 Euro, um für junge Familien und Betriebsansiedlungen attraktiv zu bleiben und Arbeitsplätze vor Ort zu sichern,
- Straßen- und Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen von insgesamt 1,1 Mio. Euro, denn zu langes Abwarten verschiebt die Problematik nur auf die nächsten Jahren und vergrößert diese dadurch noch mehr,

- Transferaufwendungen für Jugendwerk, Kindertageseinrichtungen und OGS von circa 620.000 Euro, die von uns für elementar erachtet werden,
- Verlustübernahme BBO von circa 250.000 Euro, denn uns ist das Bad in Ostbevern auch weiterhin lieb und teuer,
- Schülerbeförderung von 360.000 Euro – ein Muss,
- Kreisumlage von circa 5.5 Mio. und bilanzielle Abschreibungen von 2,4 Mio. sind zudem weitere feste Größen.

Bedenklich ist trotzdem, dass wir im Vergleich zum Vorjahr bei Aufwendungen für Sach – und Dienstleistungen eine Steigerung von circa 600.000 Euro haben und bei der Kreisumlage um 425.000 Euro.

Nicht zustimmen wird die FDP Fraktion Steuererhöhungen - wie ursprünglich von der Verwaltung angedacht - bei der Gewerbesteuer oder auch - wie von der SPD Fraktion - vorgeschlagen bei der Hundesteuer. Nicht zustimmen wird die FDP Fraktion bei einer im Finanzplan angedachten möglichen finanziellen Beteiligung an Windkraftanlagen in den Jahren 2014, 2015, und 2016 von insgesamt 1.5 Mio. Euro. Wir begrüßen in vollem Umfang die Förderung beim Ausbau der Windkraft - auch auf unserem Gemeindegebiet - wo es möglich ist und die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt werden können. Ein Antrag bei uns ist schon sehr weit fortgeschritten. Hier ist unsere volle Unterstützung gefordert und deshalb ist die beantragte Resolution auch in unserem Sinne. Wir sind aber der Meinung, dass wir uns dabei nicht als Wirtschaftsunternehmen mit gemeindlichen Steuergeldern sehr risikobehaftet beteiligen sollten.

Nicht glücklich sind wir auch darüber, dass wir mit unserem integrierten Handlungskonzept noch nicht weiter gekommen sind. Wir haben bisher viel Geld in Konzepte und Planungen gesteckt und starten nun im Jahr 2014 wieder von neuem: von einer Landesförderung ist deshalb weit und breit noch nichts zu sehen. Hier müssen wir in Zukunft noch kräftig um eine Förderung ringen.

Wir hoffen, dass zumindest durch den Abriss und den Bau der Häuserzeile an der Hauptstraße eine gravierende Besserung für den Ortskern und für das Geschäftsleben eintritt und in dem Neubau attraktive Geschäfte im Ortskern Einzug halten. Bedanken möchte ich mich an der Stelle bei Ostbeverns Gewerbeverein jetzt „Wirtschaft Ostbevern“, ein Verein, der sich trotz der schwierigen Situation im Ortskern mit neuen Ideen und Maßnahmen engagiert.

Was den Schulstandort betrifft, sind wir neben dem Umbau an der Ambrosius Grundschule besonders der Josef Annegarn Schule gegenüber in der Pflicht, die der bisher steigenden Schülerzahl gerecht werden muss. Deshalb haben wir auch dem Antrag zur Verbesserung der Schulhofsituation zugestimmt. Wir sind aber der Meinung, dass es nun an der Zeit ist, über die weitere Verwendung des Nebengebäudes „Toilettenhäuschen“ intensiv nachzudenken. Es wird mit Recht Klage geführt, dass die Größe und Ausstattung des Schulhofes nicht mehr ausreicht, aber ein ungenutztes Gebäude schränkt dort alle weiteren Möglichkeiten ein. Deshalb auch unser Antrag, im Jahr 2014 ein Konzept zu entwickeln, wie ab 2015 dieses Gebäude weiter genutzt werden soll. So könnten diese Räumlichkeiten zu einem Mehrzweckraum oder zu einem Ausweichraum für Unterrichtszwecke umgebaut werden. Auch wäre denkbar, es als Anbau in das bestehende Hauptgebäude zu integrieren.

Der steigenden Zahl von Zuweisungen von Asylbewerbern will die Verwaltung mit dem Bau von Unterkünften für Asylbewerber mit einem finanziellen Ansatz von jeweils 650.000 Euro in 2014 und 2015 gerecht werden.

Wir sind der Meinung, dass wir hier schnell reagieren müssen, da u. a. die bisherige Unterkunft an der Wischhausstraße den Anforderungen auf Dauer nicht mehr gerecht wird. Ein Neubau und/oder eine Anmietung von Unterkünften werden unumgänglich sein. Da die bisherigen Überlegungen noch nicht ausreichend zielführend waren, zumal auch an dezentrale Lösungen zu denken ist, müssen wir weitere Untersuchungen anstellen.

Ein zentrales Gebäude auf dem bisherigen Gelände an der Wischhausstraße neben dem bisherigen Gebäude wäre aber als erster Schritt denkbar und auch nach unserer Meinung machbar.

In der Landesverfassung ist das Konnexitätsprinzip („wer bestellt, bezahlt“) verankert. Mit der Umsetzung der Inklusion werden wir aber zurzeit noch sehr allein gelassen. Alle wissen, welche immensen Ausgaben da auf uns zukommen, wenn wir Inklusion in der gebotenen Qualität wollen. Zwar wird u. a. auf Druck der kommunalen Spitzenverbände nun ein Gutachten erstellt. Was hierbei herauskommt, steht noch in den Sternen.

An den bisherigen freiwilligen Leistungen zur Unterstützung unserer Vereine und gemeinnützigen Organisationen halten wir fest. Es ist ein gut funktionierendes Netzwerk. Wir wollen es weiterhin fördern und ausbauen. Es ist uns ein sehr großes Anliegen, für Eigeninitiative, Freiwilligkeit und gemeinnütziges Engagement zu werben. Wir sehen sogar die freiwilligen Leistungen der Kommune als Pflichtaufgabe an. Dies schweißt unsere Gesellschaft zusammen, gibt uns Stärke und hilft über Schwierigkeiten hinweg. Deshalb haben wir auch den Anträgen der Vereine so weit wie möglich zugestimmt. Jedoch möchten wir auch von den Vereinen und der Bevölkerung Verständnis einfordern. Wir Kommunalpolitiker müssen auf die Gesamtheit, auf eine gerechte, gleichmäßige Verteilung unserer beschränkten Mittel achten.

3. Fazit

Wir wollen weiterhin die Zukunftsfähigkeit Ostbeverns sicherstellen, das heißt Erhaltung und Verbesserung des Schul – und Wirtschaftsstandortes Ostbevern. Ausbildung und Arbeit vor Ort müssen Vorrang haben, gefördert und von uns gestützt werden. Ostbevern muss für Jung und Alt attraktiv gehalten bleiben. Dabei dürfen wir nie die Probleme der Umweltbelastung und des demografischen Wandels aus dem Auge verlieren.

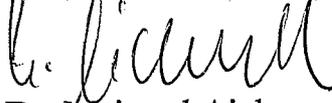
Wir möchten aber auch, dass der Ortskern gestärkt wird und nicht Nebenzentren außerhalb der Ortsmitte geschaffen werden. Das Rückgrat der Gemeinde sind unsere Gewerbetreibenden und Kaufleute. Ihr Wort soll Geltung haben und Gehör bei der Politik finden und sie bitten uns eindringlich, alles zu tun, um die Attraktivität des Ortskerns zu steigern.

Auch wenn das Damoklesschwert der Haushaltsicherung uns immer vor Augen schwebt, Ostbevern voranzubringen lassen wir uns nicht nehmen.

Abschließend bedanken wir uns bei Bürgermeister Joachim Schindler, bei unserem Kämmerer Hubertus Stegemann und der gesamten Verwaltung für die mühevollen Kleinarbeit in der Erstellung des Haushaltentwurfes. Die Verwaltung hat Stehvermögen bei den langen Ausschusssitzungen bewiesen, bei Sitzungen, die teilweise - nicht konform mit der Geschäftsordnung - über 22.00 Uhr hinaus dauerten. Selbst um 21.45 Uhr in der letzten HFA- Sitzung hat uns Hans Heinrich Witt detailliert, sehr kompakt und immer noch hochkonzentriert das Zustandekommen von Aufwendungen für Sach – und Dienstleistungen erklärt und große Geduld bewiesen.

Obwohl wir auch das eine oder andere Vorhaben anders bewertet haben, so haben wir z. B. mit unserem Antrag, 1,5 Mio. nicht im Finanzplan für den Bau von Windkraftanlagen auszuweisen, keine Mehrheit erhalten, so sind wir doch insgesamt mit dem Entwurf einverstanden. Deshalb stimmen wir dem Haushaltsentwurf mit den eingebrachten Änderungen zu.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



Dr. Meinrad Aichner

Fraktionsvorsitzender